



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreis Tübingen, Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTTGART
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 20 63-691
Telefax (0711) 20 63-660
boris.palmer@gruene.de
www.boris-palmer.de

72072 TÜBINGEN
Aixer Straße 66
Telefon (0 70 71) 88 80 86

Tübingen, den 22. Juli 2005

Kinderbetreuung ohne Gemeindegrenzen

Landtagsbeschluss verbessert Finanzierungsperspektive für mehrere Tübinger Einrichtungen

Schon bei der Einbringung des Gesetzes über die Kommunalisierung der Kinderbetreuung im Jahr 2003 haben die Grünen im Landtag einen Kritikpunkt hervorgehoben: Das Fehlen einer gesetzlichen Regelung für die Finanzierung der Einrichtungen, die von Kindern aus verschiedenen Gemeinden besucht werden. Dies trifft besonders freie Träger, da sie häufig Kinder auch aus dem Umland aufnehmen.

Die Praxis der letzten beiden Jahre hat das bestätigt. Gerade viele freie Träger müssen seither um Zuschüsse kämpfen und sind damit nicht immer erfolgreich. Einige Bürgermeister vor allem der kleineren Gemeinden argumentieren, in ihren eigenen Einrichtungen sei noch ausreichend Platz und verweigern deshalb sowohl Zahlungen an freie Träger in anderen Kommunen als auch an kommunale Einrichtungen.

In Tübingen ist von diesem Problem vor allem die KiTa des Studentenwerks in der Wilhelmstraße betroffen. Zwar gibt es für das laufende Jahr eine Finanzierungsvereinbarung, zwischen der Stadt und den betroffenen freien Einrichtungen. Die Verhandlungen über die Zukunft gestalten sich jedoch schwierig. Ähnliches gilt für den Tübinger Waldorfkindergarten. Die Bürgermeister der Umlandgemeinden, in denen die Eltern der Kinder wohnen, zeigen sich bei den Zuschüssen sehr zurückhaltend.

Der grüne Landtagsabgeordnete Boris Palmer kritisiert diese Form der Sparsamkeit und weiß sich damit nunmehr auch mit der Mehrheit des Landtags einig. CDU und FDP haben in der Sitzung vom 30. Juni 2005 einen Beschluss gefasst (Wortlaut in der Anlage, DRS 13/4458), der die Kommunen ultimativ auffordert, ihrer Verpflichtung zur Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet nachzukommen. Sollte dies bis zum Herbst nicht ausnahmslos in allen Fällen gelingen, droht die Koalition mit einer gesetzlichen Regelung.

Boris Palmer hält das für richtig: „Wer in Tübingen studiert, aber in Gomaringen oder Dusslingen wohnt, hat wenig von einem KiTa-Platz am Wohnort. Es ist aber auch nicht einzusehen, warum Tübingen als Standortkommune den kommunalen Zuschuss für KiTa-Plätze zahlen soll, wenn die geldwerten Einwohnerzuweisungen des Landes allein den Wohnortkommunen der Eltern zukommen. Würden weder die Wohnortkommunen noch Tübingen zahlen, müssten aber die Einrichtungen freier Träger als erste schließen. Damit würden auch alternative pädagogische Konzepte platt gemacht. Das darf nicht sein. Offenbar führt die bisheriger freiwillige Vereinbarung nur zu Streit zwischen den Kommunen und endlosen Abstimmungsgesprächen. Eine gesetzliche Regelung würde klare Verhältnisse schaffen und Bürokratie abbauen.“